

Interdisziplinarität, Politische Repräsentation und das Imaginäre

Plädoyer für eine neue Perspektive der politischen Kulturforschung

Paula Diehl

Die kulturelle Wende

Mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich Grundsätzliches in der Politik verändert. Seitdem ist deutlich geworden, dass neue Parameter für die Beurteilung von Aussagen und Handlungen in die politische Arena eingezogen sind. Hat es im Fall des ehemaligen italienischen Premiers Silvio Berlusconi Jahre gedauert, bis die Wissenschaft die kulturellen Transformationen der Politik durch und mit Berlusconi reflektiert hat – wie etwa die interdisziplinäre Arbeit aus der Soziologie, Kommunikationswissenschaft und Linguistik zeigt (Bolasco et.al. 2006) –, ist kurze Zeit nach dem Amtsantritt des neuen US-amerikanischen Präsidenten die Beunruhigung nicht nur der Politik, sondern auch der Politikwissenschaft sichtbar geworden. Sogar Mainstream-Zeitschriften wie *Perspectives on Politics* der American Political Science Association haben sich dem Problem gewidmet (siehe die Ausgabe von Oktober 2018). Es sieht allerdings so aus, als ob der disziplinäre politikwissenschaftliche Zugang zu dieser neuen Form der Politik nicht mehr ausreicht, um Phänomene wie Trump und Berlusconi zu analysieren und zu verstehen. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass sich die Politikwissenschaft und auch die Politische Theorie für Impulse aus Nachbardisziplinen öffnen müssen.

Von Berlusconis Fall wissen wir bereits, dass seine neue Art der politischen Kommunikation und Organisation das gesamte politische Spektrum in Italien geprägt hat. Seine saloppe Sprache, die Bedeutungsverschiebungen grundlegender demokratischer Begriffe wie Freiheit sowie die Einführung eines apolitischen Vokabulars in das politische Repertoire haben auch den politischen Diskurs seiner Gegner beeinflusst (Bolasco u.a. 2006). Ferner färbte der dekonstruierende Inszenierungsstil des »Cavaliere«, wie sich Berlusconi von der Presse nennen ließ, den Zugang nicht nur der Parteien, sondern auch der Wählerinnen und Wähler

zur Politik und zu den politischen Institutionen (Diehl 2008). Manche Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler schätzen sogar, dass ohne Berlusconi Beppe Grillo und die 5-Sterne-Bewegung nicht möglich gewesen wären (Diamanti 2014). Dies wird sowohl im Sinne einer Übernahme von Berlusconis Brüchen mit dem politischen Code als auch als eine Reaktion auf seinen apolitischen Stil gedeutet.

Bei Trump zeichnet sich mit der Popularisierung des Argumentations- und Denkmusters von »alternativen Fakten« und »Fake News« eine Wende in der Wahrnehmung der Politik und im politischen Handeln ab, die noch zu reflektieren ist. Trump bezieht Elemente der Reality-Shows in die Politik mit ein. In Reality-Shows wie *The Apprentice*, in der Trump sich selbst spielte, konnte er jahrelang ein Celebrity-Image konstruieren, das zwischen Realität und Fiktion liegt. Vergleicht man die Show mit Trumps Selbstdarstellung als Präsident und sogar mit seinen politischen Entscheidungen, werden Elemente der Reality-Shows in der Politik deutlich. Ein gutes Beispiel dafür liefern seine Interviews. Sie sind wie eine Soap-Opera aufgebaut, bei der die Zuschauerinnen und Zuschauer bei der Stange gehalten werden, weil sie nicht alles auf einmal erfahren, sondern immer wieder auf die nächste Folge verwiesen werden. Der oft von Trump ausgesprochene Satz »We'll see what happens«, um ein Interview mit Reportern abzuschließen, ist nicht nur bloßer Verlegenheitsgestus, um heiklen Fragen auszuweichen, er sichert sich die Aufmerksamkeit der Zuschauerinnen und Zuschauer, indem er verspricht, beim nächsten Mal die gewünschte Information zu geben bzw. die weitere Entwicklung der Geschichte zu erzählen. Schaut man sich seine so genannten »rallies« an, wird eine andere bekannte Struktur aus der Unterhaltungsbranche deutlich: die postmoderne Ringkampf-Unterhaltung aus den Wrestling-Shows. Auch hier ist semi-fiktionale Unterhaltung das grundlegende Element seiner Auftritte, hinzu kommt der Konsum von Gewaltinszenierung und -sprache als Gelegenheit zur Entladung von Emotionen (Diehl 2017). Ferner nutzt Trump Tweets gezielt, um Skandale und Provokationen zu schaffen, womit er sein Publikum aufmerksam hält. Schließlich bildet sich die Struktur der Reality-Shows auf das politische Handeln des Präsidenten ab, etwa, wenn man die Entlassungsdynamiken der Mitglieder seines Kabinetts beobachtet. Zwei Drittel der Mitglieder wurden entlassen oder gezwungen, zurückzutreten.¹ Ironischerweise gründete sich der Spannungswert der Sendung *The Apprentice* genau auf die Ausscheidung der Kandidaten aus der Show. Der Satz »You are fired!« bildete den Höhepunkt jeder Folge.

1 Siehe: Denise Lu and Karen Yourish: You're Hired! You're Fired! Yes, the Turnover at the Top of the Trump Administration Is ... »Unprecedented.«; in: The New York Times, update 20. Dezember 2018. <https://www.nytimes.com/interactive/2018/03/16/us/politics/all-the-major-firings-and-resignations-in-trump-administration.html> Letzter Abruf, 26.12.2018, 15.00 Uhr.

Berlusconi und Trump haben ihre jeweiligen nationalen politischen Kulturen geprägt und prägen sie weiterhin, insofern sie Produzenten eines neuen politischen Stils sind und eine neue Logik des politischen Handelns durchsetzen, die durchaus Einfluss auf andere politische Akteurinnen und Akteure ausüben. Aber sie sind zugleich Produkte politisch-kultureller Transformationen, ja, Manifestationen tiefgehender Veränderungen des politischen Imaginären. Ihr Erfolg war nur möglich, weil sie sich an der Spitze neuer Tendenzen der politischen Kultur positionieren konnten. Deswegen müssen beide Fälle sowohl als Symptom als auch als Ursache eines umfassenden politisch-kulturellen Wandels reflektiert werden. Zu diesem Wandel gehören ebenso post-demokratische Erscheinungen (Crouch 2008) und die damit verbundene Ablehnung politischer Institutionen und Parteien wie technologische, massenmediale, popkulturelle und Life-Style Transformationen.

Solche Veränderungen sind nicht erst mit dem Web 2.0 erschienen. Tiefgehende Transformationen der Politik reichen bis in die 1990er Jahre zurück. Genau mit Blick auf das Material aus den 1990er Jahren machte Andreas Dörner auf das Phänomen des Politainments (Dörner 2001) aufmerksam und zeigte, dass in massenmedialen Demokratien Politik stärker mit Unterhaltung verwoben ist, als den Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern lieb wäre. Fast 20 Jahre nach Dörners Diagnose bleibt der Trend zum Politainment weiterhin bestehen, aber er ist angesichts zunehmender Fragmentierung des Publikums, Pluralisierung von Lifestyles, neuer digitaler Produktionsbedingungen sowie neuer Interaktionsmöglichkeiten durch soziale Medien und Smartphones komplexer geworden. Sicher ist: Nicht nur haben sich die Kommunikationsstrategien der politischen Akteurinnen und Akteure verändert, auch die Repräsentation und Wahrnehmung von Politik ist komplexer geworden, denn politische Information, Auseinandersetzungen und sogar die Politikerinnen und Politikern selbst präsentieren sich zunehmend in einem unsicheren Status, der sich irgendwo zwischen Realität und Fiktion bzw. zwischen Politik und Unterhaltung bewegt. Wenn also Barack Obama in einer fiktiven Serie als Präsident der USA erscheint oder die ehemalige Präsidentin der Schweiz, Micheline Calmy-Rey, als Präsidentin in einem TV-Gesangswettbewerb auftritt, sind die Zuschauerinnen und Zuschauer nicht sicher, ob diese Auftritte als fiktiv oder real zu betrachten sind bzw. ob sie zur Politik oder Unterhaltung gehören (Diehl 2010). Vor diesem Hintergrund müssen Trump und Berlusconi als Radikalisierung eines umfassenden politisch-kulturellen Wandels reflektiert werden. Sie geben Hinweise auf eine strukturelle Transformation des politischen Imaginären (Diehl 2015), die die Vorstellungen von Politik und dem Politischen prägen.

Doch die Transformationen des politischen Imaginären durch die Unsicherheit des Status politischer Repräsentation ist nicht das einzige Phänomen, das die Politische Kulturforschung in ihr Analysefeld miteinbeziehen muss. Neben dieser strukturellen Veränderung ist auch eine konjunkturelle Entwicklung zu beachten:

die Wende zu politischen Kulturkämpfen². Rechtspopulistische und rechtsextremistische Strömungen in Europa, USA, Lateinamerika und Indien gestalten die politische Auseinandersetzung als Kampf um die Kultur, kulturelle Identität, Ethnizität und sogar um die Bestimmung von Sexualität und Gender. Hier werden kulturelle Praktiken, Narrative, Ästhetik und Symbolik im Sinne einer anti-pluralistischen Identität politisiert. Man beobachtet eine Politisierung nicht nur des Privaten – wie es etwa die Anti-Gender Bewegungen zeigen –, sondern auch eine Politisierung des Präpolitischen (Kogl 2009).

Die Identitäre Bewegung kann als Paradebeispiel dieser politischen Besetzung des Präpolitischen und des Privaten gesehen werden. Sie ist europaweit vernetzt und bewegt sich im Rahmen »metapolitischer« Aktionen. Diese zielen auf Themen wie »Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft, militanter Gemeinschaftssinn, Widerstand gegen außereuropäische Einwanderung, Ethno-Differentialismus, Ablehnung des jakobinischen Nationalismus zugunsten einer Aufwertung der ›patries charnelles‹, Bindung an ein Europa der Ethnien und nicht an den antieuropäischen Souveränismus« (Camus 2017: 233). Auffallend ist auch die professionelle Nutzung des Internets und der sozialen Netzwerke. So konnte der »Bloc Identitaire« aus Frankreich dazu beitragen, »die Vorstellungen wie die vom ›großen Austausch‹ [der autochthonen Bevölkerung durch Migranten] oder Ideen wie die einer ›Remigration‹ [der Migranten]« zu verbreiten (ebd.). Aber auch rechtspopulistische Bewegungen, Parteien und Internetforen operieren im Feld der Kulturkämpfe. Parteien wie die AfD in Deutschland, die FPÖ in Österreich oder die Freiheitspartei von Geert Wilders in den Niederlanden profilieren sich hauptsächlich mit dem politischen Kampf um die kulturelle Hegemonie. Ihre Kulturpolitik bildet Synergieeffekte mit rechtsradikalen Foren und Gruppierungen, schafft aber auch graue Zonen zwischen rechtsextremistischen Ideologemen und demokratischen Prinzipien. Solche Diskurse bleiben nicht isoliert, sondern wirken auf die politische Kultur insgesamt. Inzwischen ist die Zirkulation rechtsextremistischer Ideologeme in der demokratischen Öffentlichkeit und sogar ihre Übernahme durch Mainstream-Politikerinnen und –Politiker – teilweise in gemilderter Form – gut dokumentiert (Wodak 2016).

Die aktuelle kulturelle Wende der Politik kann in zwei Dimensionen verstanden werden: Während die Vermengung von Politik und massenmedialer Unterhaltung ein strukturelles Phänomen ist, zeigen sich die Kulturkämpfe in rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Spektren als konjunkturelle Tendenz. Man könnte denken, dass beide Dimensionen wenig miteinander zu tun haben, doch ein Blick auf Donald Trumps spielerischen Umgang mit rechtsextremistischen Topoi

2 Zum Thema diskutierte der Arbeitskreis Politik und Kultur der DVPW im März 2019 im Rahmen der von Jörn Knobloch, Jan Christoph Suntrup und Odila Triebel organisierten Tagung Die neuen Kulturkämpfe an der Universität Potsdam.

wie Anti-Muslime-Ressentiments, Diskriminierung von Mexikanerinnen und Mexikanern und sogar Rassismus zeigt, dass man von einer Überlagerung von Politainment und Kulturkampf ausgehen muss. Wie sehr sich die zwei Dimensionen der kulturellen Wende der Politik im Westen mischen, zeigt das Symbol der Identitären Bewegung, das Lambda (vgl. auch den Beitrag von Wolfgang Bergem in diesem Band). Das Symbol hat seinen Ursprung in der Geschichte Spartas, wurde aber durch den Blockbuster Film 300 des US-amerikanischen Regisseurs Zack Snyders von 2006 als Sinnbild des Kampfes um die eigene Identität der Spartaner bekannt. Die Identitäre Bewegung in Europa appropriierte dieses Symbol, um ihren Kulturkampf gegen Muslime, Gender-Politik und linke Diskurse einzuleiten (Mrozek 2017).

Zusammengefasst: Die aktuelle kulturelle Wende der Politik vollzieht sich in zwei Dimensionen. Die erste Dimension ist strukturell und mit neuen Technologien und neuen Nutzungspraktiken der Massenmedien verbunden, die die Gesellschaft tief prägen. Die zweite Dimension ist ideologisch und konjunkturell. Die hier beschriebenen Transformationen aktueller Politik sind nur zwei Beispiele für die Herausforderungen an die Politikwissenschaft. Doch sie zeigen bereits, wie Politik und Kultur mehr denn je miteinander verwoben sind. Diese Verwobenheit zwingt die Politikwissenschaft und die Politische Theorie, die Demarkation ihres Feldes zu überdenken und die Grenzen ihrer Gegenstände, Methoden und Theorien zu erweitern.

Politische Kultur »reloaded«

Angesichts der aktuellen kulturellen Wende der Politik scheint das traditionelle politikwissenschaftliche Instrumentarium nicht auszureichen, um die gegenwärtige politische Situation und die aktuellen Ereignisse zu analysieren. Ist die Politikwissenschaft deswegen in der Krise? Zumindest gibt es Indizien dafür. Zwei davon sind die methodologische Krise der Umfragen und das Bedürfnis nach einer theoretischen Reformulierung des Konzepts der politischen Repräsentation.

Die immer wieder beschriebene »Volatilität des Wählerverhaltens« erreichte ein Niveau, das die Effektivität von Umfragen etwa beim Brexit oder bei Trumps Wahl in Frage stellte. Nach beiden Ereignissen gerieten die politischen Umfragen in die Krise und mit ihnen auch die Prognosekraft ihrer Methoden. Inzwischen wird dieses Manko durch die Einbeziehung anderer Parameter, etwa durch die Berücksichtigung von Aktivitäten in sozialen Medien, ergänzt. Ob diese Ergänzung tatsächlich eine wirksame Korrektur bedeutet, scheint noch umstritten zu sein (Mellon/Prosser 2017).

Die zweite Krisenerscheinung kommt aus der englischsprachigen politischen Theorie und betrifft das Verständnis von politischer Repräsentation. Nach dem

»standard account« wird politische Repräsentation als Vertretung verstanden. Dazu gehören die Handlungen politischer Repräsentanten. Hanna Pitkin nannte sie »representation as acting for« (Pitkin 1967). Zu diesem Verständnis von Repräsentation gehören weder Symbole, Bilder und Inszenierungen noch kulturelle Praktiken oder kollektive Vorstellungen. In der englischsprachigen Politikwissenschaft entdeckten aber Politiktheoretikerinnen und Politiktheoretiker im ersten Jahrzehnt des neuen Millenniums den so genannten. »representative turn« (Näsström 2011). Damit verbunden ist eine konstruktivistische Sicht auf die politische Repräsentation und mit ihr das Bewusstsein, dass politische Repräsentation von politisch-kulturellen Faktoren abhängig ist. In beiden Krisenerscheinungen wird deutlich, dass Politik und Kultur verwoben sind und dass die Theorien und Methoden der Disziplin diese Verwobenheit berücksichtigen müssen.

Die kulturelle Wende der Politik zeigt auf etwas, das seit langem ein Problem ist: Politik ist nie abgekoppelt von Gesellschaft, sondern entsteht in ihr und muss entsprechend auf die gesellschaftlich-kulturellen Praktiken, Interaktionen, Produktionen und Vorstellungen verweisen. In zunehmend komplexeren Gesellschaften wird diese Verwobenheit zwischen Politik, Gesellschaft und Kultur immer schwerer zu entzerren. Traditionelle Forschungsdesigns, die Politik nur institutionell definieren und eine starke Trennungslinie zwischen Politik und Kultur ziehen, sind in ihren Erklärungsmöglichkeiten eingeschränkt. Oft vernachlässigen sie grundlegende Bereiche der Politischen Kultur, wie die politische Unterhaltung. Diese werden an die Medien- und Kulturwissenschaften abgegeben, obwohl sie genuin zum Politischen gehören. Diese Gegenstände als nicht-politikwissenschaftlich zu deklarieren, löst aber das Problem nicht, sondern verschiebt es zu den benachbarten Disziplinen. Für die Politische Kulturforschung hat das Bewusstsein dieses Sachverhalts eine Öffnung ihres Feldes gegenüber kulturellen Praktiken, online- und offline-Interaktionsformen, Life-Styles, massenmedialen Produktionen und Unterhaltungsformen zur Konsequenz. Dabei sind die Transformationen der politischen Kultur durch politische Unterhaltung, Aktivitäten in sozialen Medien oder präpolitische kulturelle Praktiken grundlegend, um die Machbarkeit, Sagbarkeit und Vorstellbarkeit des Politischen zu verstehen, ohne die politische Handlungen, Diskurse und Normen nicht nachvollziehbar sind.

Die Politische Kulturforschung scheint deswegen dafür prädestiniert zu sein, wichtige Impulse für die gesamte Disziplin zu geben. Denn sie richtet ihren Blick auf den Intersektionsbereich von Politik, Kultur und sozialer Praxis. Angesichts der kulturellen Wende der Politik muss die Politische Kulturforschung aktualisiert und revitalisiert werden – der Titel dieses Sammelbandes schlägt dafür das englische Wort »reloaded« vor. Der vorliegende Text versteht sich als Beitrag zu dieser Revitalisierung. Er bietet einen Ansatz, der auf die interdisziplinäre Öffnung der Politischen Kulturforschung und der Politischen Theorie zielt, den Begriff der politischen Repräsentation erweitert und das politische Imaginäre konzeptualisiert.

Aus der Perspektive der Politischen Kultur »reloaded« ist Politische Kultur mehr als die Orientierung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem politischen System (Almond/Verba 1989; Greiffenhagen 2009). Sie ist vielmehr auch das Zusammenwirken von kulturellen Praktiken, Diskursen, Symbolen, Bildern und Inszenierungen, mit denen Politik vorgestellt und gelebt wird. Politik und politische Kultur haben eine symbolische und eine imaginäre Dimension; sie zu berücksichtigen scheint angesichts der kulturellen Wende notwendiger denn je. Deshalb muss eine erneuerte Politische Kultur Methoden und Theorien integrieren, die die Untersuchung der symbolischen und imaginären Dimensionen der Politik ermöglichen. Allerdings bedeutet diese Erneuerung nicht, dass die traditionellen Herangehensweisen der Politischen Kulturforschung wie die Erhebung von politischen Präferenzen, die Untersuchung von politischem Verhalten oder Sozialisationsmustern überflüssig geworden wären. Im Gegenteil, diese sind nach wie vor grundlegend, doch sie sollen mit neu zu explorierenden Feldern verknüpft werden. Die Frage ist nur: Wie soll dies gehen? Hierfür werden hier drei Vorschläge gemacht: Erstens sollen sich die Politische Kulturforschung und die Politische Theorie für mehr Interdisziplinarität öffnen. Zweitens wird das Konzept der politischen Repräsentation auf das Symbolische erweitert. Drittens wird das Konzept des politischen Imaginären sowohl für die Politische Theorie als auch für die Politische Kulturforschung produktiv gemacht.

Mehr Interdisziplinarität wagen!

Konzeptionelle Überlegungen, die mehr Interdisziplinarität ermöglichen, sind allerdings rar und werden oft nicht systematisch verfolgt. Zwei Versuche sind für die Revitalisierung der Politischen Kulturforschung von besonderem Interesse: der Appell von Wendy Brown für mehr Interdisziplinarität in der Politischen Theorie und der Paradigmenwechsel der Politischen Kulturforschung von Birgit Schwellung.

Vor 15 Jahren hatte Wendy Brown dafür plädiert, die Grenzen der politischen Theorie zu erweitern. Nach Brown riskierte die politische Theorie, die wichtigsten Phänomene ihres Forschungsfeldes aufgrund eines mangelhaften Instrumentariums nicht mehr behandeln zu können. Sie schlug deswegen vor, mehr Interdisziplinarität zu wagen und Inspirationen von benachbarten Disziplinen zu holen. Browns Begründung war: »Questions about the nature of the political cannot presume its radical independence from the cultural, the economic, and, above all the technological« (Brown 2002: 571). Es gibt keine »radikale Unabhängigkeit des Politischen«. Politiktheoretikerinnen und Politiktheoretiker, so Brown, müssten lernen, sich innerhalb eines weniger abgegrenzten disziplinären Bereiches zu bewegen. Sie müssten andere disziplinäre Felder befragen, um neue Impulse für die eigene Theoriebildung zu gewinnen. Dazu zählt Brown Literatur- und Rhetoriktheori-

en sowie die Theorien der Visual Studies. All diese Disziplinen haben gemeinsam, dass sie Symbolisierungsprozesse untersuchen und kollektive Vorstellungen berücksichtigen. Und sie melden seit Jahren ein stärkeres Interesse am Politischen an.

Zum gleichen Zeitpunkt wurde in Deutschland ein zweiter Vorschlag zur Interdisziplinarität der Politikwissenschaft gemacht. Birgit Schwelling plädierte für einen kulturellen Blick auf die Politikwissenschaft und sammelte anschließend in einem Band Ansätze, die dies möglich machen konnten (Schwelling 2001; 2004). Sie reflektierte die Auswirkung des »cultural turn« auf die Politische Kulturforschung und bot einen Ansatz an, der kulturanthropologische und wissenssoziologische Herangehensweisen integrierte (Schwelling 2001). Das Politische betrachtet Schwelling unter dem Aspekt der Kultur (Schwelling 2004: 12). Ihr Artikel von 2001 setzte sich zum einen mit der traditionellen Herangehensweise der »civic culture« (Almond/Verba) und zum anderen mit den »symbolzentrierten Ansätzen«, die politische Kultur als Symbolsystem betrachten, kritisch auseinander (Schwelling 2001: 610). Schwelling invalidiert diese Perspektiven nicht, aber sie zielt auf »ein alternatives Programm zur Erforschung politischer Kulturen«, das den Gegenstand der Politischen Kulturforschung erweitern und zugleich präzisieren kann (Schwelling 2001: 613). Die bestehenden Herangehensweisen der Politischen Kulturforschung ergänzt Schwelling mit einem Ansatz, »in dessen Rahmen politische Kultur nicht als gesonderter Bereich neben anderen Kulturen (ökonomische, religiöse usw.) und nicht im Sinn eines nur einen Teilausschnitt politisch relevanter Phänomene betreffenden Konzepts verstanden wird, sondern vielmehr im Sinn eines kulturellen Blicks auf politisch relevante Phänomene konzeptualisiert ist« (ebd.). So verstanden sei Kultur ein »Sinn stiftendes Muster«, deswegen könne sich die Anwendung dieses Kulturbegriffs auf die Politische Kulturforschung »nicht durch einen spezifischen, nur auf den Bereich des Politischen zugeschnittenen Kulturbegriff« auszeichnen, sondern müsse breiter angelegt werden (ebd.: 617). Im Zentrum stehen die »kulturellen Grundlagen politisch relevanter Phänomene«, auf deren Basis Wertesysteme, Alltagsbewältigung, institutionelle Logiken sowie offizielle Symbole entstehen. Die Autorin machte auf die Bedeutung von kollektiv geteiltem Wissen und Wissensvorräten aufmerksam. Bei den Wissenssoziologen Peter Berger und Thomas Luckmann schließt Wissen nicht nur kognitives Wissen, sondern auch internalisiertes Wissen ein. Schwelling betont den sozial und historisch kontextualisierten Zugang zu kulturell dimensionierten Fragen und kann auf die »expliziten, materialen Produkte menschlichen Handelns« eingehen sowie diese mit symbolzentrierten Ansätzen verbinden (ebd.: 613).

Browns und Schwellings Vorschläge sind bekannt, doch eine systematische Neuorientierung der Politischen Theorie und Politischen Kulturforschung lösten sie nicht aus. Der hier vorgeschlagene Revitalisierungsansatz der Politischen Kulturforschung greift diese beiden Empfehlungen zur Interdisziplinarität auf

und wendet sie zugleich auf die Mechanismen der politischen Repräsentation an. Der vertretene Ansatz vollzieht einen Paradigmenwechsel. Anstatt einen institutionellen Blick auf die Politik zu werfen, vom rationalistischen Verständnis der politischen Repräsentation auszugehen oder Einstellungen und Präferenzen in der politischen Kultur zu privilegieren, werden die fluiden Konstruktionsmechanismen von Vorstellungen, Ideen und Auffassungen untersucht, die Verwobenheit von affektiven und rationalen Vorgängen des Politischen berücksichtigt sowie die kulturellen Praktiken und politische Wahrnehmungsmuster analysiert. Dafür wird der Begriff der politischen Repräsentation nicht im engen Sinne als Vertretung verstanden, sondern entfaltet seine Bedeutung für die Politik und für die politische Kultur, wenn er auf symbolische, ästhetische und Inszenierungspraktiken erweitert und mit dem politischen Imaginären verbunden wird. Da der Begriff des politischen Imaginären in der Politischen Theorie eine seltene Erscheinung ist (vgl. Diehl 2019) und in der Politischen Kulturforschung bisher nicht verwendet wurde, soll das politische Imaginäre konzeptualisiert werden. Am Ende präsentiert der Text einige der wichtigsten theoretischen und methodologischen Konsequenzen dieses Paradigmenwechsels.

Die Erweiterung des politischen Repräsentationsbegriffs

In den 1990er Jahren entwickelte Gerhard Göhler ein Konzept der symbolischen Repräsentation, das er als komplementär zu Pitkins Verständnis von Repräsentation als »acting for« konzipierte. Dafür bezog er Kenntnisse aus der Kultursociologie, Kulturanthropologie und Kulturphilosophie mit ein. Für Göhler hat politische Repräsentation eine Handlungsdimension, die als Vertretung verstanden wird, und eine symbolische Dimension. Beide Dimensionen sind komplementär (Göhler 1997) und bestimmen die Beziehung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten. Repräsentation als Handlung bzw. Vertretung gehört zur Willensbeziehung, also dem Bereich der Entscheidungsfindung, des Unterzeichnens von Verträgen, der Gesetzgebungsverfahren etc. Symbolische Repräsentation dagegen ist mit der Symbolbeziehung verbunden und bringt grundlegende politische Wertvorstellungen und Ordnungsprinzipien eines Gemeinwesens zum Ausdruck. Göhler ist sich dessen bewusst, dass Repräsentation ein Verfahren ist, das sich mit Symbolen und symbolischen Handlungen verbindet. Sein Blick auf die politische Repräsentation ist aber institutionell. Er betrachtet die Aktivität der politischen Repräsentanten sowie die Symbolkraft politischer Institutionen, ihrer Gebäude, Bilder und ihres Zeremoniells und konnte deswegen von symbolzentrierten Ansätzen der Politischen Kulturforschung rezipiert werden (u.a. Brodocz 2002, Diehl 2005 u. 2015, Lietzmann 2015, siehe auch den Beitrag von Hans J. Lietzmann in diesem Band). Obwohl Göhlers Arbeiten in Deutschland gut bekannt sind, gibt es kaum Überset-

zungen in andere Sprachen (Ausnahmen Göhler 2014a; 2014b). Dies erklärt auch, warum der »representative turn« die Erweiterung des Repräsentationsbegriffs auf das Symbolische ganz ohne den Einfluss der deutschen Politikwissenschaft zu entwickeln versuchte und dabei teilweise wichtige Orientierungspunkte aus der deutschen Kulturphilosophie und Soziologie ignoriert. Die Ausblendung dieser Tradition hat Vor- und Nachteile für die Erweiterung des Verständnisses der politischen Repräsentation.

Das »representative turn« versuchte, das Konzept der politischen Repräsentation außerhalb der traditionellen Grenzen der Politischen Theorie zu entwickeln. Politische Repräsentation wird dabei zunehmend als performativer und symbolischer Prozess verstanden. Mit Göhler könnte man sagen, dass diese englischsprachigen Autorinnen und Autoren Repräsentation in ihrer symbolischen Dimension verstehen. Zum einen zeigen sie, dass Repräsentieren als symbolischer Akt zu begreifen ist und performative Bedeutung hat. Damit vollziehen sie einen Paradigmenwechsel, denn sie begreifen die symbolische Repräsentation nicht als komplementär zur Vertretung, wie Gerhard Göhler, sondern sprechen der symbolischen Dimension eine höhere Bedeutung zu. Damit verschieben sie die Aufmerksamkeit auf die Symbolisierung kollektiver Identität, die Rolle von Emotionen, die performative Bedeutung von Präsenz, die jetzt als Aktivitäten der politischen Repräsentation berücksichtigt werden können.

Zum anderen aber – und das ist der Hauptunterschied zu Göhlers Konzept – erweitern die Vertreterinnen und Vertreter des »representative turns« die Kategorie des Repräsentanten auf politische Akteure, die keine formalisierte Repräsentationsrolle haben und auch nicht unbedingt als Repräsentantinnen und Repräsentanten autorisiert wurden – der Erfolg des Repräsentanten hängt hauptsächlich von seiner Akzeptanz durch die Repräsentierten ab. Repräsentation erscheint als symbolischer Konstruktionsprozess, der Sinn produziert, unabhängig von ihrer institutionellen Verankerung. In diesem Sinne findet politische Repräsentation sowohl in institutioneller als auch in nicht-institutioneller Form statt, wie Lisa Disch (2012), Suzanne Dovi (2007) oder Michael Saward (2006; 2010) argumentieren. Sie wird nicht nur als Aufgabe für Amtsinhaber verstanden, sondern kann ebenso von informellen und nicht-gewählten Repräsentanten beansprucht werden – Beispiele dafür sind Führer einer Bewegung, Akteure der Zivilgesellschaft oder Prominente, die sich für eine Sache engagieren.

In seinem Buch *The Representative Claim* von 2010 definiert Michael Saward Repräsentation als »to make a claim«. Repräsentieren ist ein performativer Akt, mit dem man einen Anspruch bzw. eine Forderung stellt. Die Bedeutung des Wortes »to make« ist hier wichtig. Sie zeigt auf die Gestaltung und Performativität im Akt des Repräsentierens. Politische Repräsentanten sind performative Hersteller von Ansprüchen (»claim makers«), sie treten für eine Idee, eine Gruppe bzw. eine Forderung ein und drücken somit mehrere Ansprüche aus: den Anspruch, Repräsen-

tant zu sein, im Namen einer Gruppe aufzutreten und eine politische Forderung zum Ausdruck zu bringen. Sie setzen Forderungen, Ideen und Vorstellungen in die Welt und insofern tragen sie zur Gestaltung des politischen Imaginären bei. Doch einen »Claim« zu machen, ist noch keine Garantie dafür, dass die Repräsentation gelingt. Repräsentation ist deshalb auch immer eine Beziehung, die instabil bleibt. Sie kann potentiell immer scheitern. Während Saward die Herstellung von Ansprüchen in den Vordergrund stellt, betont Lisa Disch die diskursive Herstellung von Identität im Moment der Repräsentation (2012). Durch symbolische Vorgänge ist der politische Repräsentant demnach in der Lage, einen kollektiven Willen zu formen und eine allgemeine politische Identität herzustellen. Eine amorphe Wählerschaft (»amorphous constituency«) wird in ein »Volk« transformiert. Es handelt sich um einen symbolischen Prozess, der, wenn erfolgreich, die Vorstellungen über Forderungen, Interessen, Repräsentierte und Repräsentanten prägt.

Die meisten Autorinnen und Autoren des »representative turn« konzentrieren sich auf die diskursive Ebene der Repräsentation. Bilder, Ästhetik und Inszenierungen werden zwar nicht ausgeschlossen, doch methodisch finden sie kaum Beachtung. Eine Ausnahme ist die Untersuchung von Emanuela Lombardo und Petra Meier. Beide Autorinnen analysieren die Bedeutung von Gender in der symbolischen Repräsentation im Allgemeinen und die Symbolisierung politischer Institutionen im Besonderen. In ihrem Buch *The Symbolic Representation of Gender* zeigen sie, dass männliche und weibliche Körper unterschiedlichen kulturellen Blicken unterworfen sind, wenn es um die politische Repräsentation geht (Lombardo/Meier 2014). In Deutschland wurde die Performativität des Körpers in der politischen Repräsentation vor allem von der Soziologie betrachtet (z.B. Hitzler 2002; Soeffner 1994) und ist in der Politikwissenschaft ein neues Untersuchungsfeld (Diehl 2008; 2010; 2014, 2015).

Denkt man die deutschen und die englischsprachigen Auslegungen des Begriffs weiter, ergeben sich wichtige Konsequenzen für die Politische Theorie und für die Politische Kulturforschung. Was die neuen deutsch- und englischsprachigen Ansätze zur politischen Repräsentation verbindet, ohne es jedoch explizit zu machen, ist das Bewusstsein, dass politische Repräsentation mit den kulturellen Bedingungen der Politik verbunden ist und zugleich zur politischen Kultur beiträgt. Politische Repräsentation muss deshalb als symbolischer Prozess verstanden werden, der mit kulturellen Codes, kollektiven Praktiken und Vorstellungen aus dem politischen Imaginären verbunden ist. Denn politische Repräsentation ist ein performativer Akt, der das kulturelle Repertoire mobilisiert und zugleich darauf wirkt.

Ein solcher performativer Akt wird verständlicher, wenn man die wissenssoziologische Perspektive berücksichtigt. Für Peter Berger und Thomas Luckmann ist die Gesellschaft eine Konstruktion, die auf der »fundamentalen Dialektik der Gesellschaft« beruht. Menschen benutzen immer Symbole, um miteinander zu kommunizieren, sie inszenieren sich und schaffen Bilder. Dadurch werden sie zu Sinn-

produzenten. Das tun sie aber nicht allein, sondern im Austausch miteinander. So gesehen, ist Gesellschaft an sich schon ein Produkt der symbolischen Praxis und zugleich Erzeuger von Symbolen. Symbolisierung erzeugt Sinn, indem sie Vorstellungen der Wirklichkeit mobilisiert. »Zusammen produzieren die Menschen eine menschliche Welt mit einer ganzen Fülle ihrer sozio-kulturellen und psychologischen Gebilde«, die dann objektive Faktizität gewinnen (Berger/Luckmann 2001: 54). Repräsentation ist in dem Sinne performativ, in dem sie Vorstellungen des Politischen erzeugt, tradiert oder verändert (Diehl 2015). Bilder, Symbole und Inszenierungen sind kein bloßes Beiwerk des politischen Handelns, sondern ihre konstitutiven Mittel (Lietzmann 2018). Durch symbolisch-performative und imaginäre Vorgänge wird Politik gesellschaftlich konstruiert. So gesehen wirkt politische Repräsentation auf die Wahrnehmung, Auffassung und Vorstellung von Politik, also auf das politische Imaginäre.

Das politische Imaginäre

Das politische Imaginäre kann sowohl als kollektives Repertoire von Vorstellungen, Bildern, Symbolen, Emotionen, Diskursen, Narrativen, Mythen etc. als auch als Vorstellungskraft betrachtet werden, die dieses kollektive Repertoire erzeugt. Es ermöglicht die Herstellung derjenigen Wahrnehmungs- und Vorstellungsmuster, mithilfe derer Gesellschaft und Politik gedeutet werden und woran sich politisches Handeln orientiert und bestimmt (Diehl 2015). Der Philosoph Cornelius Castoriadis beschreibt es als »unaufhörliche und (gesellschaftlich-geschichtlich und psychisch) wesentlich indeterminierte Schöpfung von Gestalten/Formen/Bildern, die jeder Rede von ›etwas‹ zugrunde liegen« (Castoriadis 1990: 12). Dies ist für Castoriadis die Basis für die Herstellung einer gemeinsamen Realität innerhalb der Gesellschaft. Deswegen kann das Imaginäre als eine soziale Instanz charakterisiert werden, die Vorstellungen der Gesellschaft über sich selbst entstehen lässt. Mit dem Begriff des Imaginären will Castoriadis Institutionalisierungsprozesse, Dynamiken und Transformationen der Gesellschaft und zugleich ihre Strukturen sowie Bedingungen erfassen. Die Imagination und das Imaginäre werden als gesellschaftliche und geschichtliche Gegenstände verstanden, die für die Entstehung von Gesellschaft grundlegend sind (Diehl 2019). Nach dieser Perspektive kann politische Kultur bzw. Kultur überhaupt ohne die Berücksichtigung des Imaginären nicht verstanden werden. Denn die Realität ist für den Menschen nicht unmittelbar verständlich. Damit sie »Sinn machen« kann, braucht der Mensch Vorstellungen, Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, die die unzähligen phänomenologischen Eindrücke einordnen können. Solche Vorstellungen, Wahrnehmungs- und Deutungsmuster werden in der Gesellschaft konstruiert. Damit diese Konstruktionen gelingen können, ist eine kollektiv geteilte Imagination notwendig. Für den Men-

schen gibt es keine Realität außer derjenigen, »in der die Gesellschaft mit ihren Institutionen ›herrscht‹«. Realität gibt es deswegen immer nur »als gesellschaftlich instituiert« (Castoriadis 1990: 516).

Hier ergeben sich Parallelen von Castoriadis' Philosophie des sozialen Imaginären und dem wissenssoziologischen Zugang von Berger und Luckmann zur sozialen Konstruktion der Wirklichkeit, die für das Verstehen der performativen Wirkung von politischer Repräsentation grundlegend sind. Für Berger und Luckmann produziert der Mensch eine Welt, die er nicht als ein menschliches Produkt, sondern als Wirklichkeit wahrnimmt (Berger/Luckmann 2001: 54, 65). In diesem Sinne sind Tätigkeiten und Wissensproduktionen performative Akte, die zu dieser Wirklichkeitskonstruktion beitragen. Diskursive, symbolische, ästhetische und Inszenierungshandlungen der Politik fallen in diese Kategorie und helfen, das, was man unter Politik versteht, zu formen. Auch für Castoriadis ist das, was man unter Realität versteht, ein menschliches Produkt. Aber es gibt einen Unterschied zwischen beiden Theorien, der hier von Bedeutung ist. Für Castoriadis können symbolische Handlungen nur wirken, weil sie vom Imaginären strukturiert werden. Die Vorstellungskraft gehört zu einer Gesellschaftsdimension, die es ermöglicht, dass Symbole kollektiv wirken und sich verändern. Verknüpft man die wissenssoziologische Perspektive mit Castoriadis' Ansatz, können dann symbolische Praktiken mit der Vorstellungskraft in Verbindung gesetzt werden.

Symbolische Repräsentation als Indikator politischer Kultur und der Veränderung des politischen Imaginären

Es klingt fast trivial zu sagen, dass die Art und Weise, wie man sich Politik vorstellt, wie man Politik wahrnimmt und erlebt, vom politischen Imaginären abhängt. Schaut man sich aber die Verbindung zwischen Politik und Imaginärem unter dem Aspekt der politischen Repräsentation näher an, werden die Ergebnisse dieser Beobachtung interessanter. Die Erweiterung der politischen Repräsentation auf das Symbolische ermöglicht es, auf eine tiefere Schicht der politischen Kultur einzugehen sowie kulturelle Prozesse und Praktiken hinter der politischen Repräsentation zu betrachten. Wie gesehen wurde, wirken Symbole und symbolische Praktiken der politischen Repräsentation performativ auf die Politik, insofern sie etwas in die Welt setzen, das Existenz beansprucht. Die Beziehung der politischen Repräsentation zum politischen Imaginären ist aber eine doppelte: Zum einen bringt die politische Repräsentation kollektive Normen und Vorstellungen des politischen Imaginären zum Ausdruck. Zum anderen aber sind ihre Symbole und symbolischen Vorgänge selbst performative Elemente der Veränderung dieser Normen und Vorstellungen.

Das ist der Grund, warum Symbole und symbolische Praktiken der politischen Repräsentation umkämpft sind. Repräsentation als symbolische Tätigkeit hat eine strategische Bedeutung, die man mit Pierre Bourdieu als »symbolischen Kampf« bezeichnen kann (1997). Politische Akteurinnen und Akteure versuchen in diesem Kampf, das politische Imaginäre zu beeinflussen. Wenn institutionelle und informelle Repräsentanten »claim makers«, also Hersteller von Ansprüchen, sind (Saward 2010), ist ihre Tätigkeit nie nur rational, sondern schließt Vorstellungen, Visualisierungsvorgänge und Emotionen mit ein. Kollektive Vorstellungen, Bilder und Gefühle mitzugestalten ist das Ziel von politischen Akteurinnen und Akteuren, um die Politik beeinflussen zu können. Kulturkämpfe wie die zurzeit beobachtete Offensive von Rechtspopulisten sind geeignete Anschauungsobjekte, um solche Prozesse beobachten zu können. Wenn Repräsentation aber auch der diskursiven und symbolischen Herstellung von Identität (Disch 2012) und somit zugleich auch der Definition der Gruppe bzw. des Volkes dient, dann sind die Kulturkämpfe genau die Momente, in denen die etablierten Normen des politischen Imaginären in die Krise geraten sind.

Versteht man Repräsentation auch als symbolische Aktivität, wird ihre Brisanz für das Politische deutlich. In Symbolen, Bildern und Inszenierungen werden sowohl demokratisierende als auch antidemokratische Konzepte »getestet«. Der Kampf um die Re-Etablierung bzw. Abschaffung der »Confederate Flag« in den USA, der Versuch der AfD, das Wort »völkisch« zu normalisieren bzw. den Genozid an den Juden und Minderheiten während des Nationalsozialismus zu relativieren, oder auch die strategische Einbindung des Wortes »Heimat« als ein Dach für multikulturelle Identität durch den grünen österreichischen Präsidenten Alexander Van der Bellen auf seinen Wahlplakaten von 2016 sind deutliche Beispiele dafür. So verschieden, wie diese Akteurinnen und Akteure sind, so sehr erheben sie mittels der Repräsentation alle gleichermaßen performative Ansprüche, die auf die Veränderung der Wahrnehmung und des Verständnisses der Politik zielen: Der affirmative Anspruch auf die weiße Hegemonie bzw. den Anspruch auf die Anerkennung des Leids der schwarzen Bevölkerung in den Südstaaten der USA im ersten Fall, die positive Anlehnung an die nationalsozialistische Vergangenheit bzw. ihre Bagatelisierung im zweiten Fall oder die Demokratisierung eines meist konservativen und exklusivistischen Zugehörigkeitsbegriffs (Heimat) als zugänglich für alle im letzten Fall. Diese Fälle machen deutlich, dass Symbolisierung nicht nur Ansprüche, sondern auch politische Vorstellungen und Selbstverständnisse ausdrückt. Will man verstehen, wie sich die politische Kultur angesichts der konjunkturellen ideologischen Kämpfe verändert, ist die Untersuchung der politischen Repräsentation im erweiterten Sinne grundlegend, denn sie verrät ideologische Verschiebungen des politischen Imaginären.

Aber die Untersuchung der politischen Repräsentation zeigt auch auf die Transformationen der politischen Kultur auf struktureller Ebene. Diese werden

an der Veränderung von Codes, Wahrnehmungsmustern und normativen Parametern, die im symbolischen Gebrauch zum Ausdruck kommen, sichtbar. Diese Transformationen manifestieren sich ebenfalls in Abweichungen und Störungen gewöhnlicher Formen, Ästhetik und Selbstverständnisse. Auf dieser Ebene wird der Status der politischen Repräsentation selbst instabil. Die Legitimationsinstanz der Politik wird in Frage gestellt oder verliert ihre Relevanz. Das ist der Moment der strukturellen Transformation des politischen Imaginären. Der labile Status der politischen Repräsentation in Bezug auf die Unterscheidung zwischen Realität und Fiktion beim Fall von Donald Trump ist ein gutes Indiz dafür. Vergrößert sich aber die Zahl der Akteurinnen und Akteure, bei denen dieses Phänomen auftritt, wird auch in Umfragen eine Irrelevanz der Unterscheidung zwischen Politik und Unterhaltung bei der Wahrnehmung von Politik durch die Bürgerinnen und Bürger erkennbar; so spricht einiges dafür, dass man es hier mit einem radikalen Wandel der politischen Kultur zu tun hat.

Symbolisierungsprozesse zu berücksichtigen gibt Aufschluss darüber, wie symbolische Praktiken mit dem politischen Imaginären verbunden sind, wie politische Legitimation hergestellt und wie das Politische vorgestellt wird. Symbolische Repräsentation ist deswegen ein wichtiger Indikator für die Untersuchung politischer Kultur und auch darüber, wie sich das politische Imaginäre verändert. Die symbolische Dimension der politischen Repräsentation muss daher in die Politische Kulturforschung inkorporiert werden. Dies impliziert wiederum die Reflexion über die Prozesse der Sinnkonstruktion anhand der Analyse eines breiten Materials, das Diskurse, Symbole, Praktiken, Bilder, Inszenierungen, Narrative, Mythen und ästhetische Formen mit einschließt. Das Konzept der politischen Repräsentation muss daher um ihre symbolische Dimension erweitert werden und in Bezug zum politischen Imaginären gesetzt werden. In den Fokus geraten dann die vielfältigen Symbolisierungsprozesse, die die Vorstellungen des Politischen prägen. Es handelt sich um einen Paradigmenwechsel der Politischen Kulturforschung von der Untersuchung von politischen Präferenzen und Sozialisierungsmustern hin zum Ausdruck und zu den Veränderungen des politischen Imaginären nicht zuletzt durch die politische Repräsentation. Es geht um die Untersuchung von dem, was Präferenzen und Sozialisierung erst möglich macht.

Theoretische und methodologische Konsequenzen des Paradigmenwechsels

Ein solcher Paradigmenwechsel hat theoretische und methodologische Konsequenzen für die Politikwissenschaft, für die Politische Theorie, für die Politische Ideengeschichte und natürlich auch für die Politische Kulturforschung. Der vorliegende Text schließt mit einer kurzen Skizze einiger dieser Konsequenzen.

- Politikwissenschaft: Der Gegenstand der Politikwissenschaft wird von der Politik auf das Politische erweitert. Dadurch werden neue Forschungsgegenstände sichtbar, die an der Grenze zu anderen Disziplinen stehen, wie etwa die Beziehung zwischen Politik und Medien, die Bedeutung von Performativität für politische Prozesse, politische Psychologie, politische Kommunikation und politische Kulturwissenschaft.
- Politische Theorie: Die Politische Theorie bekommt neue Aufgaben, sie muss neue Konzepte, Begriffe und theoretische Modelle generieren, Orientierung für die Untersuchung der neuen Intersektionsbereiche geben und das Symbolische stärker berücksichtigen. Auch die Transformationen des politischen Imaginären müssen zum Gegenstand der theoretischen Auseinandersetzung werden.
- Politische Ideengeschichte: Mit der Berücksichtigung des Imaginären kann die politische Ideengeschichte nicht mehr ausschließlich als Untersuchung und historische Rekonstruktion von Begriffen und Denkmustern verstanden werden. Auch die kanonische Zentrierung auf bestimmte Autorinnen und Autoren – meistens europäische Männer – reicht nicht mehr aus, um die Geschichte des politischen Denkens zu rekonstruieren. Gefragt wird eine Ideengeschichte, die sich als Geschichte des politischen Imaginären versteht. Der zu analysierende Korpus wächst. Nicht nur Texte, Symbole, Praktiken und Bilder geraten in den Fokus,³ auch der Zugang zu den Texten verändert sich. Es gilt jetzt, nicht nur die Konzepte zu analysieren, sondern auch die latenten Vorstellungen, die nicht im Vordergrund des Textes stehen. Die Verknüpfung mit anderen Formen der symbolischen Materialisierung wie etwa Bildern und kulturellen Praktiken ist hierfür notwendig.
- Politische Kulturforschung: Damit steigt die politische Kulturforschung von einer marginalen Subdisziplin in den Kern der Politikwissenschaft auf. Sie muss aber auch eine stärkere Wendung zu neuen Phänomenen, Fragestellungen und Methoden vollziehen. Wie bereits angedeutet, muss die Politische Kulturforschung auf die expressive Seite von Kultur eingehen, Ästhetik, Symbolik, Rituale- und Inszenierungspraktiken, kollektive Narrative und Mythen in ihren Analysen miteinbeziehen.
- Die hier genannten Konsequenzen für die Politikwissenschaft und ihre Subdisziplinen bilden keine abgeschlossene Liste. Vielmehr ist zu erwarten, dass je tiefer die Forschungen der politischen Repräsentation und des politischen Imaginären bohren, desto diverser und komplexer die Untersuchungsfelder werden.

3 Pierre Rosanvallon hat mit seiner interdisziplinären Geschichte des Politischen einen wertvollen methodischen Vorschlag gemacht (Rosanvallon 2012).

Literatur

- Almond, Gabriel A. 1989: The Intellectual History of the Civic Culture Concept. In: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hg.), *The Civic Culture Revisited*, London und New Delhi, S. 1-36.
- Berger, Peter/Thomas Luckmann 2001: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a.M.
- Bolasco, Sergio/Galli de' Paratesi, Nora/Giuliano, Lucca 2006: *Parole in Libertà. Un'analisi statistica e linguistica*, Roma.
- Bourdieu, Pierre 1997: Sur le pouvoir symbolique. In: *Annales. Économies, Sociétés, Civilizations*, Heft 3, S. 405-411.
- Brodocz, André 2002: Institution als symbolische Form. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Heft 2, S. 211-226.
- Brown, Wendy 2002: At the Edge; in: *Political Theory*, Vol. 30: What is Political Theory? Special Issue, S. 556-576.
- Camus, Jean-Yves 2017: Die Identitäre Bewegung oder die Konstruktion eines Mythos europäischer Ursprünge. In: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Hans-Wolfgang Platzer (Hg.), *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog*, Wiesbaden, S. 233-247.
- Crouch, Collin 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.
- Diamanti, Ilvo 2014: The Five Star Movement: A Political Laboratory. In: *Contemporary Italian Politics*, Heft 1, S. 4-15.
- Diehl, Paula 2005: *Macht – Mythos – Utopie. Die Körperbilder der SS-Männer*, Berlin.
- Diehl, Paula 2008: Dekonstruktion als Inszenierungsmethode – von Berlusconi bis zu den Grünen. In: Andreas Dörner/Christian Schicha (Hg.), *Politik im Spot-Format, Zur Semantik, Pragmatik und Ästhetik politischer Werbung in Deutschland*, Wiesbaden, S. 313-335.
- Diehl, Paula 2010: Zwischen dem Privaten und dem Politischen – Die neue Körperinszenierung der Politiker. In: Sandra Seubert/Peter Niesen (Hg.), *Die Grenzen des Privaten*, Baden-Baden, S. 251-265.
- Diehl, Paula 2014: Die repräsentative Funktion des Körpers in der Demokratie. In: André Brodocz et al. (Hg.), *Die Verfassung des Politischen*, Hans Vorländer zum 60. Geburtstag, Wiesbaden, S. 115-131.
- Diehl, Paula 2015: Das Symbolische, das Imaginäre und die Demokratie. Eine Theorie der politischen Repräsentation. Baden-Baden.
- Diehl, Paula 2017: Antipolitik und postmoderne Ringkampf-Unterhaltung. In: *APuZ*, Heft 44-45, S. 25-30.
- Diehl, Paula 2019: Das politische Imaginäre und die politische Repräsentation, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie (i. E.)*.

- Disch, Lisa 2012: Die Impurity of Representation and the Validity of Democracy. In: Cultural Studies, Heft 2-3, S. 207-222.
- Dörner, Andreas 2001: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt a.M.
- Dovi, Suzanne 2007: The Good Representative, Malden.
- Göhler, Gerhard 1997: Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation. In: Gerhard Göhler u.a. (Hg.), Institution – Macht – Repräsentation, Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, Baden-Baden, S. 11-62.
- Göhler, Gerhard 2014a: La représentation politique dans la démocratie (Übersetzung von: »Politische Repräsentation in der Demokratie«, 1992). In: Paula Diehl/Yves Syntomer/Samuel Hayat (Hg.), Trivium, 16 | 2014. www.trivium.revues.org/4803.
- Göhler, Gerhard 2014b: Political Representation – Reconsidered. In: Paula Diehl/Alexandre Escudier (Hg.), La »représentation« du politique: histoire, concepts, symboles, Cahier du CEVIPOF n° 57, S. 15-26. www.cevipof.com/fr/les-publications/les-cahiers-du-cevipof/bdd/publication/1166.
- Greiffenhagen, Sylvia 2009: Theorie(n) der Politischen Kultur. In: Samuel Salzborn (Hg.), Politische Kultur, Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Frankfurt a.M., S. 11-29.
- Hitzler, Ronald 2002: Inszenierung und Repräsentation. Bemerkungen zur Politikdarstellung in der Gegenwart. In: Hans-Georg Soeffner/Dirk Tänzler (Hg.), Figurative Politik, Zur Performanz in der modernen Gesellschaft, Opladen, S. 35-49.
- Kogl, Alexandra 2009: A Hundred Ways of Beginning: The Politics of Everyday Life. In: Polity, Heft 4, S. 514-535.
- Lietzmann, Hans J. 2015: Die Demokratisierung der Repräsentation. Dialogische Politik als neue Form der repräsentativen Demokratie. In: Manuela Glaab (Hg.), Politik mit den Bürgern – Politik für Bürger, Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur, Wiesbaden, S. 41-58.
- Lietzmann, Hans J. 2018: Citizenship, Democracy and the Iconology of Political Representation: A Plea for an Iconological Turn in Democratic Theory. In: Claudia Wiesner u.a. (Hg.), Shaping Citizenship, A Political Concept in Theory, Debate and Practice, New York, S. 55-70.
- Lombardo, Emanuela/Meier, Petra 2014: The Symbolic Representation of Gender. A discursive Approach, Burlington.
- Mellon, Jonathan/Prosser, Christopher 2017: Twitter and Facebook are not representative of the general population: Political attitudes and demographics of British social media users. In: Research and Politics, Heft 3, S. 1-9.

- Mrozek, Bodo 2017: Unter falscher Flagge. Rechte »Identitäre« setzen auf Antiken-Pop. Die Geschichte ihrer Symbole dürfte ihnen kaum gefallen. In: PopHistory, <https://pophistory.hypotheses.org/2561#more-2561>, letzter Abruf, 21.12.2018, 14.17 Uhr.
- Müller, Marion 1997: Politische Bildstrategien im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1828 – 1996, Berlin.
- Näsström, Sofia 2011: Where is the representative turn going? In: *European Journal of Political Theory* Heft 10, S. 501-510.
- Rohe, Karl 1994: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin, S. 1-21.
- Pitkin, Hanna F. 1967: *The Concept of Political Representation*, Los Angeles.
- Rosanvallon, Pierre 2012: Für eine Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen. Antrittsvorlesung am Collège de France. 28. März 2002. In: *Mittelweg* 36, Heft 6, S. 43-66.
- Saward, Michael 2006: Representative Claims. In: *Contemporary Political Theory*, Heft 5, S. 297-318.
- Saward, Michael 2010: *The Representative Claim*, Oxford.
- Schwelling, Birgit 2001: Politische Kulturforschung als kultureller Blick auf das Politische. Überlegungen zu einer Neuorientierung der Politischen Kulturforschung nach dem »Cultural Turn«. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 2, S. 601-629.
- Schwelling, Birgit 2004: *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft: Theorien, Methoden, Problemstellungen*. Wiesbaden.
- Soeffner, Hans-Georg 1994: Populisten: Profiteure, Handelsagenten und Schausteller ihrer Gesellschaften. In: Helmut Berking/Roland Hitzler/Sighard Neckel (Hg.), *Politikertypen in Europa*, Frankfurt a.M., S. 259-279.
- Wodak, Ruth, 2016: *Politik mit der Angst*, Wien.

Internetquellen

- Lu, Denise/Karen Yourish: You're Hired! You're Fired! Yes, the Turnover at the Top of the Trump Administration Is ... »Unprecedented.«; in: *The New York Times*, update 20. Dezember 2018. <https://www.nytimes.com/interactive/2018/03/16/us/politics/all-the-major-firings-and-resignations-in-trump-administration.html>. Letzter Abruf, 26.12.2018, 15.00 Uhr.

